

arabischen Frühling und in vielen anderen Protestkulturen ist unbestritten. Insofern kann man den Zweiten Umlauf mit seinen freiheitlichen Potenzialen und alternativen Vertriebsmethoden als einen Vorläufer antiautoritärer Netzinitiativen verstehen. Zu fragen wäre aber, ob die Formulierung *dissident legacies*, die im Titel des Bandes im Zusammenhang mit Untergrundzeitschriften erscheint, tatsächlich – bzw. in welcher Form und in welchem Ausmaß? – auf gegenwärtige Regimekritiker auf Facebook bezogen werden sowie eine bewusste Kontinuität (in der Art und Weise, wie die Untergrundverleger in der VR Polen an die Traditionen der heimlich gedruckten Presse der Heimatarmee anknüpfen) unterstellt werden sollte. Der Begriff *network*, den der Vf. seltener verwendet, wäre außerdem für die Beschreibung des Kulturlebens im Untergrund passender gewesen als *social media* – nicht zuletzt aufgrund der Unterschiede zwischen den für Web 2.0 typischen sozialen Netzwerken, in denen User zu Autoren werden, und der früheren – passiven – Version des Internets. Der Vf. wählt Begriffe wie *network* oder *environment* in Bezug auf Konstellationen von Personen, Institutionen und Ideen, die – wie W. zu Recht anmerkt – auch für die Pariser *Kultura* charakteristisch waren. Ein Vergleich der meisten Untergrundzeitschriften mit gegenwärtigen *user-orientierten* sozialen Medien scheint dagegen problematisch, auch wegen relativ fester Autorentams wie z. B. in der außerhalb der Zensur erscheinenden Literaturzeitschrift *Zapis*. Das Internet mit seinen dissidentischen Potenzialen – und seiner mit dem Zweiten Umlauf vergleichbaren Ausrichtung – ließe sich gewiss für einen modernen Forschungsansatz operationalisieren, allerdings nur, wenn man dessen Zustand aus den früher 2000er Jahren zugrunde legt. Ähnlich wie die Zeitschriften des Zweiten Umlaufs war das Internet der ersten Generation ein relativ passives Medium mit einer klaren Einteilung in Autoren und Leser. Nicht zu übersehen ist auch der technisch-kommerzielle Aspekt: In den sozialen Netzwerken (anders als unter konspirativen Umständen) sind für die Rezeption der Inhalte Algorithmen wichtiger als Mund-zu-Mund-Propaganda.

W.s Studie beeindruckt durch seinen sachkundigen und differenzierten Blick auf die inoffizielle Kulturszene und regt dazu an, nach universalen Dimensionen eines längst geschlossenen Kapitels der polnischen Protestkultur mit modernen Mitteln zu suchen.

Bydgoszcz

Krzysztof Okoński

Filip Gańczak: „Polen geben wir nicht preis“. Der Kampf der DDR-Führung gegen die Solidarność 1980/81. Ferdinand Schöningh – Brill. Paderborn 2020. XXV, 380 S. ISBN 978-3-506-70428-3. (€ 78,-)

Dass die Entstehung der Solidarność in der sozialistischen Volksrepublik Polen im Jahr 1980 für das westliche Nachbarland DDR eine ganz besondere Herausforderung bedeutete, war von Anfang an mehr als deutlich. Eindeutige offizielle Verurteilungen, Grenzschließungen und andere Maßnahmen ließen schon bei den Zeitgenossen keine Zweifel an der kompromisslosen Haltung der DDR-Führung aufkommen. Filip Gańczak betrachtet also ein sattem bekanntes Phänomen und nutzt es für eine Detailstudie, die in erhellender Weise Aufschluss über die Führungsstruktur der DDR gibt. Detailliert arbeitet er heraus, wie die Entscheidungsfindung in der DDR-Führung erfolgte, welche interne Diskussionen und Richtungsstreitigkeiten es gab, welcher Handlungsspielraum und welche Zwänge vorlagen.

Beeindruckend ist die in bestechenden Details präsentierte Erkenntnis, wie sehr die DDR-Führung ihr Handeln auf nüchterne und pragmatische Weise nach der eigenen Staatsräson, nach den realen Machtverhältnissen im Gefüge der Ostblockstaaten und nach den eigenen politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ausrichtete. Deutlicher denn je ist zu sehen, wie sehr die offiziellen Formeln sozialistischer Brüderlichkeit oder die Bezugnahme auf die marxistisch-leninistische Ideologie zu bloßen Phrasen verkamen, die vor der nüchternen Abwägung von Handlungsalternativen im Clausewitzschen Sinne zurücktraten.

Der Autor analysiert in sechs Kapiteln die Entscheidungsprozesse der DDR-Staatslenker. Zunächst stellt er grundlegende Faktoren der Beziehungen beider Staaten dar, wobei es wesentlich um wirtschaftliche Zusammenhänge geht. Auch weist er auf die besondere Ausgangslage der DDR als westlichstes Ostblockland hin, das sich nach den Kompromissen der polnischen Machthaber mit den Solidarność-Führern unversehens auch von Osten her bedroht sah. Ein wichtiges, für die Politik der DDR nicht zu vernachlässigendes Element der Staatsräson war auch das besondere Verhältnis zur BRD.

Für den Machtapparat der DDR stellte das Aufkommen und der Sieg der polnischen unabhängigen Gewerkschaft daher eine ernste Gefahr dar. Der „polnische Bazillus“, wie es im internen Sprachgebrauch hieß, sollte auf keinen Fall ins eigene Land übergreifen. Bezeichnend ist hier die Metaphorik von Krankheit und Gesundheit im ansonsten vom sozialistischen Politikerjargon geprägten Texten – möglicherweise ein Hinweis auf subkutan wirkende antipolnische Stereotype auch in der Führung, was aber von G. nicht untersucht wird. Sehr genau betrachtet er hingegen die folgenden Entscheidungen der Machthaber. Er vermag zu zeigen, wie die DDR-Führung je nach Fortschreiten der Entwicklung mit immer neuen Maßnahmen reagierte.

Die Arbeit ist klar und systematisch aufgebaut. Zunächst identifiziert G. Generalsekretär, Politbüro und ZK der Partei als die maßgeblichen Entscheidungsträger, wobei er die konkreten Personen, ihren Charakter und ihre Handlungsspielräume beleuchtet. Sodann betrachtet er drei Institutionen, welche die so getroffenen Entscheidungen umsetzten, nämlich die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die diplomatischen Vertretungen sowie das Ministerium für Nationale Verteidigung und die Nationale Volksarmee.

Im nächsten Kapitel schildert der Vf. die Lage in Polen, wie sie sich der Führung der DDR darstellte. Das Hauptaugenmerk sei darauf ausgerichtet gewesen, Gefahren vom eigenen Staat abzuwenden. Im Zentrum der Überlegungen der DDR-Führung standen daher drei Themenkomplexe: die befürchtete Entstehung einer „zweiten Front“, die Gefahr einer Abwendung Polens von der UdSSR, was unweigerlich eine Schwächung des gesamten Ostblocks und auch der Sicherheit der DDR nach sich gezogen hätte, und die Bedrohung der gerade aufgekeimten Beziehungen zur BRD, die nicht zuletzt aus finanziellen Gründen für die DDR außerordentlich bedeutsam waren. Wirtschaftlicher Pragmatismus spielte bei einem weiteren Gefahrenszenario eine Rolle – dem möglichen Ausbleiben von Steinkohlelieferungen aus Polen angesichts der instabilen politischen Lage des Landes.

Der Autor zeigt sodann in einzelnen Kapiteln auf, welche Maßnahmen die DDR-Führung zur Abwehr dieser Gefahren ergriff. Die erste Entscheidung bestand in der Schaffung eines *Cordon sanitaire*. Die Ereignisse in Polen wurden als ansteckende Krankheit diagnostiziert, vor der es sich zu schützen gelte. Eine Reihe von Maßnahmen sollte dies gewährleisten: die Einschränkung des Grenzverkehrs von und nach Polen, die Kontrolle der DDR-Gesellschaft hinsichtlich ihrer Einstellungen zu den aktuellen Ereignissen in Polen, die Kontrolle der polnischen Arbeiter in der DDR, die Überwachungen von Studenten und generelle Einschränkungen im Kulturaustausch.

Die zweite Entscheidung bestand in dem Versuch, das angeschlagene Nachbarland wirtschaftlich zu unterstützen. Drei Aktionen standen hier im Zentrum: erstens eine Lebensmittelhilfe, zweitens die Gewährung eines nicht rückzahlbaren Kredits und drittens eine Solidaritätsaktion nach dem 13. Dezember 1981. Bald jedoch setzte sich die Ansicht durch, dass diese Maßnahmen wirkungslos blieben und von nun an weitere Hilfen an Wirtschaftsreformen zu koppeln seien.

Die Erkenntnis, dass diese Maßnahmen ohne den gewünschten Erfolg blieben, brachte die Führung der DDR zu einer dritten Entscheidung, nämlich zu Planungen, nach dem Beispiel des Einmarsches der Warschauer Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei 1968 militärisch einzugreifen. Die Solidarność wurde zu einer konterrevolutionären Kraft und die regierende PVAP zu einer Partei auf dem Rückzug erklärt, so dass per Intervention die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung restauriert bzw. gesichert werden müsse.

Tatsächlich reichten die getroffenen Maßnahmen von der Planung eines solchen Vorhabens über konkrete militärische Vorbereitungen bis hin zu dem Versuch, eine Interventionskoalition mit den benachbarten sozialistischen Bruderstaaten zu bilden.

In der Logik dieser Gedanken lag eine weitere Entscheidung, nämlich die intensive Einflussnahme auf die Führung des Nachbarlands mit dem Ziel, die Zustimmung zu einer militärischen Intervention der Nachbarstaaten zu erreichen. Dazu schien ein Führungswechsel in der PVAP notwendig, auf den die DDR-Führung nachdrücklich hinzuwirken versuchte, auch wurde dem polnischen Innenministerium substantielle Unterstützung zur Vorbereitung der notwendigen Überwachungsaufgaben gewährt.

Der Vf. vermag ebenfalls zu zeigen, dass die Führung der DDR sich als geeint und handlungsfähig präsentierte. Das Politbüro ließ dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in seinem eindeutigen Kampf gegen jegliches Eingehen auf die Solidarność freie Hand. Politbüro und Staatsapparat erwiesen sich angesichts der Bedrohungen der Macht von außen als geeint und entschlossen.

G.s Analyse besticht durch profunde Quellenkenntnisse und tiefenscharfe Analysen. Der DDR-Staatsapparat erscheint als eine durch und durch rational aufgebaute Maschine, die flexibel auf Herausforderungen mit sachangepassten Entscheidungen reagierte. Doch gerade die Perfektion, mit der diese Handlungsmuster hier dargestellt werden, wirft Fragen auf: waren die Politiker der Führungsriege der DDR wirklich allesamt derartig kühle Rechner, die machen konnten, was sie wollten? Wenigstens zu Beginn der Krise in Polen schien es so als habe die DDR-Führung auf die sozialistische Öffentlichkeit Rücksicht nehmen müssen, etwa wenn Hilfsaktionen propagandistisch untermalt wurden. Machte sich dann aber angesichts der realen Gefahr des Machtverlusts der Partei im Nachbarland nicht auch in der Führung der DDR Panik breit? Möglicherweise ist hier der Grund dafür zu suchen, dass die Geheimpolizei jede noch so geringe Sympathiebekundung für die Entwicklung im Nachbarland mit drakonischen Maßnahmen ahndete. Das führt zu der Frage, welche Handlungsspielräume die DDR-Führung tatsächlich hatte? Um das zu klären, wäre sicherlich ein Blick in sowjetisches Archivmaterial notwendig, was hier nicht erfolgt ist. Insgesamt handelt es sich um eine wertvolle Studie von beeindruckender Detailfülle und Differenziertheit, die an einem konkreten Einzelbeispiel die Anatomie des Staatsapparats und seiner Entscheidungsfindung in allen Einzelheiten darlegt und damit auch zum Verständnis der DDR-Variante des Staatssozialismus beiträgt.

Bremerhaven

Rüdiger Ritter